

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anfertigungsgebühr: Die 7teip. Kolonietabelle 20 Pfennig, Inserate o. auswärtig 25 Pfennig, im Restamtzeit 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41 L.

Nr. 173.

Halle, Donnerstag den 20. Dezember 1917.

1. Jahrgang.

Bürgerkrieg in Rußland.

Der Rat der Volksbeauftragten hat, wie aus Petersburg gemeldet wird, eine Erklärung erlassen, in der es heißt:

Die Rada der Ukraine hat sich herausgenommen, Truppen der Sowjets, die in der Ukraine standen, zu entwaffnen. Die Rada unterwirft eine Verschwörung gegen die Regierung der Sowjets. Zudem sie sich auf, die übrigen nur angeblichen Selbständigkeitsrechte des Don- und des Kuban-Gebietes beruht und so die revolutionsfeindliche Erhebung Kaledins deckt, indem sie sich den Interessen und der Aufrechterhaltung der ungeheuren Mehrheit der bedrückten Kosaken widersetzt, öffnet die Rada den Truppen Kaledins den Weg durch ihre Gebiete. Zudem sie anderen Truppen den Durchzug verweigert und sich auf die Seite eines schändlichen Verrates an der Revolution schlägt und sich ansieht, die schlimmsten Feinde sowohl der Unabhängigkeit der Völker Rußlands als der Regierung der Sowjets, die Feinde der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, die Kadetten und die Anhänger Kaledins, zu unterstützen, würde die Rada uns zwingen, ihr ohne Hören den Krieg zu erklären, selbst dann, wenn die ukrainische unabhängige bürgerliche Republik bereits von der Betretung der Obersten Staatsgewalt förmlich anerkannt wäre.

Annahme legt der Rat der Volksbeauftragten angedeutet aller oben angeführten Umstände den Völkern der ukrainischen und der russischen Republik folgende Fragen vor:

1. Wird die Rada sich verpflichten, auf jeden Versuch, die Front aufzulösen, zu verzichten?
2. Wird die Rada sich verpflichten, ohne Zustimmung des Chefs der Obersten Heeresleitung keine Truppenteile durchziehen zu lassen, die in der Richtung auf den Don nach dem Ural oder nach anderen Orten marschieren?
3. Wird die Rada sich verpflichten, jeden Versuch, Regimente der Sowjets und der Roten Garde in der Ukraine zu entwaffnen, einzustellen und wird sie die diesen weggenommenen Waffen sofort zurückgeben?

Falls nicht binnen 48 Stunden eine zufriedenstellende Antwort gegeben sein sollte, wird der Rat der Volksbeauftragten die Rada als im Zustande offenen Krieges gegen die Macht der Sowjets in Rußland und der Ukraine befindlich ansehen.

Amsterdam, 19. Dezember. (Zelunow.) Aus Petersburg wird gemeldet: Die Zentral-Rada hat eine Notiz an die Bewohner der Ukraine gerichtet, wodurch die Ukraine zur demokratischen Republik erklärt wird, die einen Teil der neuen allrussischen föderalen Republik bilden soll. Bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung der Ukraine liegt alle Regierungsgewalt in den Händen der Rada und des Generalsekretariats. In der Proklamation wird weiter erklärt, daß die Ukraine aus folgenden Gouvernements besteht: Kiew, Podolien, Wolhynien, Czernigow, Poltawa, Charlow, Jekaterinoslaw, Cherson und Zaroda, ohne die Krim, und weiter Kurik, Sokolus und Boronisch, wenn die Bevölkerung selbst den Beitritt beschließen sollte. Im Prinzip soll man für die Entlassung ohne Entschädigung der privaten Landereien, der Rändereien der Klöster und verschiedener kirchlicher Güter. Kosaken haben den östlichen Teil des Gouvernements Boronisch besetzt.

Die Wahlen zur russischen Konstituante.

Stodholm, den 18. Dezember 17. (Eig. Drahtber.) Den „Politiken“ wird über die Wahlen der Konstituante aus Petersburg gemeldet: Bisher sind die Resultate von 237 Wahlen eingelangt worden. Nach diesen Meldungen sind gewählt: 85 Bolschewiki, 115 Sozialrevolutionäre, wovon mindestens der vierte Teil Instabilität ist, ferner 21 den vorgehenden Sozialrevolutionären nahegehende Kandidaten, 1 Internationalist, 10 Kadetten und 4 den Kadetten nahegehende Männer. Bisher wurden etwa 600 Wahlen vorgenommen, die aber zum Teil noch nicht offiziell festgestellt sind. Die Konstituante wird voraussichtlich nach Wochenabende eröffnet werden. Die rechtsstehenden Parteien treten wahrscheinlich selbständig zusammen und die Linke mit der Sowjet-Exekutive bildet vielleicht den Konvent. Auf eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Garnison und der Arbeitererrat wollen die Nacht nicht der Konstituante überlassen. Das klassenbe-

Amsterdam, 19. Dezember. (Zelunow.) Aus Petersburg wird vom 18. Dezember gemeldet: Der Bürgerkrieg bricht nun in nördlicher Richtung von Astrachan bis Samara längs der Wolga aus. Astrachan ist in den Händen der Maximilianisten, aber die Kosaken befinden sich bereits gestern 20 Werst von der Stadt entfernt, so daß der Kampf nun wahrscheinlich bereits begonnen hat. Die Maximilianisten sind mit vielen Maschinengewehren ausgerüstet, während die Kosaken über leichtere Feldgeschütze verfügen. Die Drenburgischen Kosaken unter Dutoi rücken gegen Samara vor. Den jüngsten Nachrichten aus Dnestra zufolge haben die ukrainischen Truppen das Arsenal, das Telegraphen- und Telephonamt und die Bahnhöfe besetzt. Die Maximilianisten beherrschen noch den Hafen.

Amsterdam, 19. Dezember. (Zelunow.) Aus London wird gemeldet: Die Ukraine hat sich Kaledin angeschlossen und versucht nun, ein Bündnis mit Sibirien und dem Kaukasus abzuschließen. Vieles glaubt man hier, daß versucht wird, Großfürst Michael zum konstitutionellen Monarchen auszurufen. Eine Vereinigung zwischen den ukrainischen Kosaken und Sibirien ist unmöglich, aber sie wird nichtsdestoweniger fröhlich angefeindet.

Das obige Ultimatum der Maximilianisten an die Ukraine wurde mit folgender Prinzipienklärung einseitig:

In Interesse der Einheit und Brüderlichkeit der im Kampfe für die Sozialismus bedrückten und ausgebeuteten Massen der Arbeiter und angelehnt der Anerkennung dieser Grundidee durch viele Entschlüsse der revolutionären Vertretungen der Demokratie, der Sowjets, besonders des ersten Kongresses der Sowjets aus ganz Rußland, und der sozialistischen Regierung Rußlands bestätigt der Sowjet der Volksbeauftragten das Recht aller durch die Zarenherrschaft und das Bürgertum unterdrückten Völker des großen Rußlands auf freie Entwicklung, einschließlich ihres Rechtes, sich von Rußland zu trennen. Daher erkennt der Rat der Volksbeauftragten die Republik des ukrainischen Volkes, sowie ihr Recht auf vollständige Trennung von Rußland und auf den Beginn von Verhandlungen mit der russischen Republik über ihre gegenseitigen Beziehungen, seien es solche eines Bündnisses oder andersartiger. Die nationalen Rechte und die Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes werden von dem Rat der Volksbeauftragten ohne Einschränkung und bedingungslos anerkannt.

Ein Fünf-Männerrat in Petersburg.

Saparanda, 19. Dezember. Das Volkskommissariat beschloß zur Erleichterung politischer Fragen einen Fünf-Männerrat zu sammeln, aus dem Lenin, Trotzki, Dymkoff, Menschinski und Bobowski bestehen soll. Die Regierung beschloß, 4 Milliarden Rubel zu emittieren. Auf Krenski wird in Petersburg Jag gemacht. Man vertritt die höchste Geldprämie für seine Verhaftung. Nach einer Agentur-Meldung versammelten sich die Arbeiter der Eisenbahnwerke und verlangten die Verhaftung des ehemaligen Jaren mit seiner Familie auf Befehl des Revolutionärs Komitess nach Kronstadt.

Petersburg, 19. Dezember. (Reuter.) Die Ukrainer entmachten die maximalistischen Truppen und vertrieben sie aus dem Gouvernment Kiew und der Stadt Konotop (?).

Bürid, 20. Dezember. Aus Petersburg berichtet die Neue Zürcher Zeitung: Auf Befehl des revolutionären Kriegs-Komitees wurden in den letzten Tagen wiederum zahlreiche Verhaftungen und Säuforderungen vorgenommen. Eine Säuforderung fand u. a. bei der Gattin des früheren Ministerpräsidenten Krenski statt, die im Verdacht steht, mit ihrem Gatten auf geheimem Wege in Verbindung zu stehen.

Das Proletariat teilt nicht die in den Landbezirken herrschenden Illusionen über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert. Bisher sind nur wenige Kadetten-Deputierte verhaftet. Die vorstehende Darstellung, welche die Erklärungen des Volkskommissars Urizki wiedergibt, weist auf die baldige Verschärfung des Terror-Regimes hin.

Ein Luftangriff auf London.

Neuens Büro meldet aus London vom 19. Dezember: Aus den letzten Berichten geht hervor, daß 16-20 feindliche Flugzeuge am 18. Luftangriff der letzten Nacht teilnahmen. Drei Gruppen von Flugzeugen überquerten die Küste von Kent zwischen 6 Uhr 15 Min. und 6 Uhr 26 Min., drei andere Gruppen kamen zwischen 6 Uhr 10 Min. und 6 Uhr 45 Min. über die Küste von Essex. Alle sechs Gruppen flogen nach London. Die meisten Flugzeuge wurden durch Geschütze aus verschiedenen Richtungen zerlegt. Nur fünf Flugzeuge erreichten zwischen 7 und 8 Uhr die Hauptstadt und warfen dort Bomben ab. Nachdem der Hauptangriff auf London aufgehört hatte, flog um 9 Uhr noch ein einzelnes Flugzeug über die Hauptstadt.

Friedenshoffnungen.

Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Auslands zum Abschluß gekommen sind, sollen sich unmittelbar daran die Friedensverhandlungen anschließen. Der veröffentlichte Vertrag über den Waffenstillstand, der ausschließlich von den militärischen Gevallen vereinbart worden ist, enthält eine Reihe Bestimmungen, die erkennen lassen, daß die Mittelmächte nicht daran denken, dem zusammengebrochenen Auslands einen unehrenhaften Frieden zu diktiert, sondern in dem Zusatz zu diesem Vertrage einen wahren Verständigungsfrieden, der nach mehr als dreijährigem blutigem Kämpfen von einer dauernden Versöhnung Auslands mit den Mittelmächten führen soll, angebahnt haben. In diesem Zusatz zu dem Waffenstillstandsvertrage werden wichtige Friedensmaßnahmen voraus genommen. Es soll zunächst geregelt werden der Austausch von Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen und die Verbesserung der Lage der beiderseitigen Kriegsgefangenen, Maßnahmen, die auch während des Krieges durchgeführt werden können und auch schon durchgeführt worden sind. Eine Maßnahme aber, die den eigentlichen Friedensverhandlungen vorausgeht, ist die Bestimmung, daß, um die Friedensverhandlungen zu fördern und die der Zivilisation durch den Krieg geschlagenen Binden so schnell als möglich zu heilen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der kulturellen und territorialen Beziehungen zwischen den verfeindeten Parteien getroffen und zu diesem Zwecke der Post- und Handelsverkehr und der Verkehr von Gütern und Zeitungen und dergleichen wieder aufgenommen werden soll. Und in dem eigentlichen Waffenstillstandsvertrage ist die Bestimmung, wonach die Truppen des russischen und türkischen Heeres aus Verzien zurückgezogen werden sollen, um die Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit und Neutralität des vertriebenen Reiches sicherzustellen, von außerordentlicher Bedeutung. Diese Bestimmung hat insofern besondere Bedeutung, als durch die Anerkennung der unbedingten Selbständigkeit Periens ein dieser Reich durch die Regierung der englischen Eroberungsstaatsmänner, über Äthiopien zwischen Ägypten und Indien eine direkte Verbindung hergestellt — ein Plan, dem die Engländer durch ihr Vordringen in Balatima schon gewisse Chancen gemacht worden ist. Ebenfalls lassen die bisherigen Verhandlungen erhoffen, daß sie zu einem wirklichen demokratischen Frieden zwischen den Mittelmächten und Auslands führen werden, der es Auslands ermöglicht, in einem Innern die Republik fest zu verankern und die Demokratie sicherzustellen, ohne die es nicht an einen Aufbau seines Wirtschaftslebens, den es so dringend benötigt, gehen kann. Dieser Wiederanbau des russischen Wirtschaftslebens wird aber nicht nur Rußland selbst, sondern auch den Mittelmächten, und vor allem dem Deutschen Reich zu statten kommen, denn keine Länder sind wirtschaftlich so aufeinander angewiesen, wie das Deutsche Reich und Auslands.

Zugleich sind bei uns die Männer von der Vaterlandspartei eifrig an der Arbeit, um die deutsche Regierung für die „nötigen Sicherungen“, d. h. Eroberungen an der russischen Grenze scharf zu machen, weil Auslands keinen Widerstand mehr leisten könne und daher den deutschen Ansprüchen nachgeben müsse. So stehen die Dinge insofern nicht. Sollte der Frieden mit Auslands an den deutschen Anprüchen scheitern, dann würde Auslands wieder in die Arme der Entente getrieben und der Krieg im Osten von neuem ausbrechen. Da sich die Mittelmächte zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt haben, wird nicht nur der baltischen Provinzen, sondern auch Polen das Recht eingeräumt werden müssen, über ihr künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Je liberaler in dieser Richtung verfahren wird, um so sicherer wird der Frieden zwischen den Mittelmächten und Auslands und den russischen Grenzvolkschaften gesichert sein.

Am übrigen hat die Entwidlung der Dinge den in der freien Presse stets vertretenen Standpunkt als richtig erwiesen. Wie die russische Regierung nach dem Sturze des Zarismus zwar als ihr Ziel den Frieden, aber nicht einen Sonderfrieden, sondern einen allgemeinen Frieden aufstellte, so hat auch die bolschewistische Regierung von Anfang an nur einen allgemeinen Frieden im Auge gehabt. Aber während die von den Kadetten geäußerte Regierung Krenski bis ihrem Sturz nach einem allgemeinen Frieden nur immer feiler an die Entente geknüpft wurde und immer weiter von dem erstrebten Friedensziele abfiel, hat die Regierung der Lenin und Trotzki aus der Weigerung der Entente, sich den Waffenstillstandsverhandlungen anzuschließen, entschieden die Konsequenzen gezogen und, um dem unbedingten Friedenswillen der russischen Völker gerecht zu werden, einen gesonderten Waffenstillstand abgelehnt. Denn nun auch gesonderte Friedensverhandlungen folgen, deren Ergebnis, wie wir bestimmt hoffen, Auslands ebenfalls betreffen wird, wie die Mittelmächte — natürlich mit Ausnahme der deutschen

Amegonspolitiker. Notwendig ist allerdings, daß dem deutschen Reichstage laufend die unbedingte Mitwirkung zugesichert wird. Daß die letzte Entscheidung nicht über den Kopf des Reichstages hinweggetragen werden kann, ist so selbstverständlich wie nur etwas. Die Friedensverhandlungen selbst müssen zunächst den beiderseitigen Unterabhandlungen überlassen werden. So besonders ist es, daß die deutsche Regierung bisher mit ihren Friedenswünschen hinter dem Berge gehalten hat, heute kann sie über ihre Friedensziele im Offenen vor der Reichstage nicht mehr irgendetwas. Eine Wirtchaft dafür aber, daß sie nicht in unangenehmliche Forderungen gerät, ist auch die Haltung Österreichs, das durch den Mund seines Außenministers Czernin wiederholt erklärt hat, daß Österreich-Ungarn ein treuer Befolgende der deutschen Reiches in seinem Verteidigungsstrategie sein wolle, aber für deutsche Eroberungspläne den Krieg über keinen Tag mehr fortsetzen werde.

In letzter Linie aber würde sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit und mit unabweislicher Gewalt gegen jeden Frieden aufbauen, der nur im geringsten eine neue Kriegsgefahr in sich enthielte und nicht im vollen Umfange ein demokratischer Friede, der niemand und in keiner Weise verweigert, also ein wahrer Verteidigungsfriede wäre. Ein solcher Friede kann auch nach dem Wesen seine Wirkung nicht verlieren. Er muß einmal die feindlichen Mächte von dem deutschen Eroberungsstreben abhalten und den Friedenswünschen in den feindlichen Ländern einen neuen nachdrücklichen Anstoß geben. So dürfen wir in diesen Tagen des vierten Kriegeswinterns hoffen, daß mit dem Sonderfrieden im Osten auch der allgemeine Friede angebahnt wird.

Die Mittelmächte für einen selbstlosen Frieden.

Am österreichischen Abgeordnetentage antwortete der Ministerpräsident Dr. v. Seidler im Sinne des Ministers des Neuherrn auf die Anfrage des Genossen Adler über die Friedenspolitik der Mittelmächte, daß wir den Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigung mit Rücksicht auf die Interessen wünschenswert. Hinsichtlich der Grundzüge, nach welchen der Friede mit den übrigen feindlichen Staaten geschlossen werden soll, erklärte der Minister des Neuherrn, daß unter Frieden darauf gemeint sei, auf der einen Seite nicht alle in einem allgemeinen Frieden zu schließen, daß aber nicht in der Lage sei, gegenüber solchen Feinden, die auch weiterhin auf der Fortführung des Krieges beharren sollten, diese selbstlosen Kriegsziele für alle Anfunft einzutauschen. (Sehnsüchtiger Beifall und Gänzlichkeitschrei.) Die Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, mit allen unseren Gegnern zu einem derartigen selbstlosen Frieden zu gelangen, ist dem ganzen Auslande und daher auch den Regierungen aller feindlichen Staaten vollumfänglich bekannt. Mit Rücksicht auf die seit den letzten Erklärungen des Ministers des Neuherrn verstrichene kurze Frist, sowie darauf, daß die Situation inzwischen eine wesentliche Veränderung erlitten hat, liegt kein Anlaß dazu vor, im jetzigen Augenblicke mit neuen Friedensvorschlügen an unsere Gegner heranzutreten. (Sehnsüchtiger Beifall und Gänzlichkeitschrei; der Ministerpräsident wird beglückwünscht.)

Volk und Friedensschluß.

„Es Du Deine emöglichte Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Ergebnisse schwer vorzuzurechnen sind und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten — wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verbot, wenn Du diese Frage erst der Großen Deinde vorlegen würdest. Da diese das russische Volk betrifft, wäre ihre Antwort die Stimme Rufstaus. Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge, Frieden zu schließen. ... Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder der übrigen Welt hätte ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln. ... Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstige Gelegenheit vorübergehen lassen, mit dem Empfinden und Willen Deines Landes in Bezug auf Krieg und Frieden eine Festlegung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgemündete Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an deiner Entscheidung teilzunehmen, was es ein positives Recht hat. ... Die Entscheidung, die sie treffen wird, ist in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich für irgend einen Herrlichen Herrscher ist, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes.“

So hoch es in der Deutsche Wilhelm des Zweiten vom 20. August 1905 an den russischen Zaren, welche die Norddeutsche Allgemeine Zeitung jüngst im September veröffentlicht hat. Nach der deutschen Reichseröffnung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Trotzdem unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß Wilhelm der Zweite gemäß der Einsicht, die er bereits im Jahre 1906 befaß, seinen Frieden schließen oder verweigern wird, ohne sich der Zustimmung des Volkes zu seiner Entscheidung zu vergewissern.

Die Vorbereitungen für den Friedensschluß mit Rußland sind nunmehr im vollen Gange. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen sind zunächst nach dem Großen Hauptquartier gefahren, um sich dort noch einmal mit den Führern des Heeres über die Grundzüge des Friedens im Osten zu verständigen. Nachdem sie nach Berlin zurückgekehrt, haben sie die Führer aller Parteien ohne jede Ausnahme bei sich, um ihnen darzulegen, in welchem Sinne sie die Verhandlungen fortzuführen gedenken. Je nach dem Inhalt dieser Mitteilungen werden sich dann die Parteiführer wohl darüber schlüssig werden, den Hauptausgang und die Vollverwirklichung des Reichstages sofort oder später einzuberufen. Insofern sind die Dinge ordnungsgemäß im Gange.

Es wäre eine große Ueberrumpfung für die deutsche Sozialdemokratie und wohl für die ganze Welt, wenn Reichstagsmehrheit und deutsche Regierung sich nicht ungeweiht auf den Standpunkt stellen würden, das Schicksal der durch den Krieg in deutsche Gewalt geratenen Länder im Osten der freien Entscheidung ihrer eigenen Bewohner zu überlassen. Uns kann es letzten Endes ziemlich gleichgültig sein, ob Polen sich als Glied in die künftige russische Gouvernementsrepublik einfügt, ob es sich unter das Joch der Götterbauern stellen oder gänzlich unabhängig bleiben will. Ebenso wenig scheint eine ganz übergroße Mehrheit dafür gestimmt zu sein, daß Rußland und Litauen im nächsten freier Selbstentscheidung

des ganzen Volkes, nicht einer künstlich zusammengesetzten Körperlichkeit, selbst über ihre künftige Staatsform entscheiden. In der Tat sind die verschiedenen politischen Richtungen, selbst wenn man nur das engste deutsche Eigeninteresse als Maßstab anlegt, für Deutschland sämtlich gleich vorteilhaft und gleich unvorteilhaft; Rußland und Litauen, so niedrig oder so hoch man ihren Wert schätzen mag, können jedenfalls nicht die Feindschaft Rußlands für lange Zeit aufwiegen oder gar die Fortführung des Krieges rechtfertigen.

Neben der allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sind in Polen, Rußland und Litauen deutsche Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen; es ist um Beifall wünschenswert, die Möglichkeit zu sichern, daß deutsche Händler, welche dies wünschen, in Rußland Handel treiben können. Aber es müßte sehr zweifelhaft erscheinen, wenn über diese Wirtschaftsfragen nicht ohne Mißbe eine allseitig befriedigende Verständigung zu finden wäre. Insofern dürfte der Reichskanzler den Fortschritt seiner künftigen neue Geheimnisse anzutruhen haben und auch eine Ausdrucksweise im Hauptausgang kaum viel an den gegebenen Richtlinien ändern. Aber die Sozialdemokratie ist keine Parlamentarierpartei, sondern eine Volkspartei; ihr Ziel sind nicht Privilegien der Abgeordneten, sondern Volksrecht. Ueber des ganzen Volkes Schicksal entscheidet der Friedensschluß, das ganze Volk muß an ihm mitwirken können.

Nun war während der Waffenstillstandsverhandlungen die Freiheit der Presse außerordentlich beschränkt. Dem der Waffenstillstand ist eine militärische Angelegenheit, und seine Behandlung unterliegt unjüngst in den Einzelfällen, die während des Krieges für die öffentliche Erörterung militärischer Fragen bestehen. Friedensschluß aber ist keine militärische, sondern eine politische Sache, und da bekanntlich eine politische Zensur in Deutschland nicht mehr bestehen soll, muß die volle Freiheit der Erörterung der Friedensfrage alsbald hergestellt werden. Wir denken dabei noch weniger an das Recht der Zeitungen, Beschlüsse für die Bestimmungen des Friedensvertrages zu machen und Kritik an der Haltung der Unterhändler zu üben, als vielmehr an die Freiheit des Nachrichtenwesens. Die gegenwärtige russische Regierung hat bereits angekündigt, daß sie über die Verhandlungen fortlaufend öffentlich berichten werde. Diese Berichte müssen der deutschen Presse ohne Verzögerung und Einschränkung genau so gut zur Verfügung freigegeben, wie die feindlichen Heeresberichte während des ganzen Krieges veröffentlicht werden konnten. Darin allein besteht die größere Freiheit in Deutschland während des Krieges als in Frankreich; denn nur dadurch wurde das deutsche Volk insofern gelehrt, sich jederzeit ein richtiges und objektives Urteil über die wirkliche Kriegslage zu bilden.

Werden die feindlichen Friedensberichte freigegeben, dann muß in ihrem eigenen Interesse auch die deutsche Regierung das Volk dauernd auf dem Laufenden halten. Dann haben wir statt der Geheimdiplomatie einen Friedensschluß unter wirklicher Anteilnahme der Völker. Jede Zensuraufsicht zum mindesten über die amtlichen Berichte der beiden unterhandelnden Länder muß fallen. Das ist die Wiedermacht an demokratischen Garantien, das wir für die Dauer der Friedensverhandlungen fordern. Die Erfüllung dieses Wunsches ist unendlich viel wichtiger, als die vollständige Genesung des künftigen Parteienkampfes in vertraulichen Besprechungen. Die Möglichkeit echter Information des ganzen Volkes allein ist Demokratie und kann den demokratischen Frieden bringen.

Neues zur Weltlage.

Der Verpflegungsminister Bortz erklärte gestern in der französischen Kammer in der Schlussrede der mehrtägigen Debatte über die Verpflegung Frankreichs u. a.: Wir haben die allergrößte Notwendigkeit für die kommenden Tage. Von den 22 Millionen Deutschen, die wir aufnehmen müssen, werden 12 Millionen im Monat selbst nur nach Sachsin erlegt werden. Seitlich des Brotes liegt die Lage in anderen Ländern noch viel schmerzlicher; sie sei in Italien eine Zeitlang so kritisch gewesen, daß die französische Regierung der italienischen Getreide abgeben mußte.

Lord Balfour erklärte in einer Ansprache an die Lebensmittelmittelländer der Londoner Diktatur, man brauche nicht zu fürchten, daß die Deutschen England aushungern würden. Man werde aber Entscheidungen ertragen müssen. Es sei jetzt genug Margarine, Butter und Speck im Lande. Auch ein fleischliche Mangel. In Westeuropa seien Getreide und Vieh aus Frankreich und Italiens schlechter als vor zwei Monaten. Man werde wahrscheinlich zur Zwangsrationierung schreiten müssen.

Der kroatische Landtag hat nach mehrstündiger Debatte den Geheißentwurf über die Wahlreform angenommen. Der Entwurf bedeutet die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Männer vom 24. Lebensjahr aufwärts. Die Frauen erhalten kein Wahlrecht.

Die bulgarische Sornabte hat die Verlängerung des bulgarisch-deutschen Handelsvertrages, der in diesem Jahre abläuft, bis Ende 1919 genehmigt.

Der Präsident der ägyptischen Nationalpartei, Mohamed Farid Bey, richtet am 19. Dezember aus dem Jahrestag der Belegung Kemptens durch die Engländer einen Aufruf an die Regierungen aller Länder, in dem er das Recht des ägyptischen Volkes nachzuweisen sucht, einen eigenen, selbstständigen Staat zu bilden. Das Schriftstück führt aus, daß die ägyptische Nation bereit sei, selbst durch Zustimmung über ihr Los zu entscheiden, aber erst, nachdem sich die englischen Besatzungstruppen aus ihrem Land zurückgezogen hätten, die Zustimmung könne dann durch neutrale Kommissionen überprüft werden.

Das Schweizerische Justiz-Polizei-Departement teilt amtlich mit: Durch die am 20. Dezember in Kraft tretende Verordnung des Bundesrates, betreffend die Grenzpolizei und Kontrolle der Ausländer vom 21. November 1917 werden außer einer ideären Kontrolle an der Grenze auch fremere Maßnahmen im Innern gegenüber den Ausländern eingeführt. Es haben alle neu ankommenden Ausländer innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft am ersten Aufenthaltsort bei der Polizeibehörde ihre Schriften zu hinterlegen. Sie werden, je nachdem es sich um einen kürzeren oder längeren Aufenthalt in der Schweiz handelt, mit einer Kontrollkarte bzw. Niederlassungsbewilligung versehen. Ebenso haben alle Fremden, die sich in der Schweiz bereits befinden und nicht eine Aufenthaltsbewilligung oder Niederlassungsbewilligung haben, sich innerhalb acht Tagen nach dem 20. Dezember bei der Ortspolizeibehörde einzufinden und sich auszuweisen.

Zu den Friedensverhandlungen.

Nach der B. Ztg. ist der frühere Staatssekretär im Reichstag von Amerika, Dr. Debraud gegenwärtig in Breslau. In politischen Kreisen glaubt man, daß Dr. Debraud zur Beratung der deutschen Friedensverhandlungen in wichtigen Angelegenheiten bei den Friedensverhandlungen mitwirken soll.

Das Petersburger wird gemeldet: Kotschikoff, Rektor an der Universität von Moskau, ist nach Breslau abgereist, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Aus dem österreichischen Kriegsreferatariat wird gemeldet: Bei den in den nächsten Tagen beginnenden Friedensverhandlungen zu Breslau wird das 1. Armeekorpskommando durch den Kommandierenden General des 23. Korps, Franziska-Beutner, als erster Beobachter aufzusenden. Außerdem wird ein österreichischer ungarischer Generalstabschef an russisch-japanische Kriege auf russischer Seite.

Die Blätter melden, ihm bereits einige Geschiffe und andere kleine Fahrzeuge aus dem Hafen von Konstantinopel, sowie aus den Häfen des Schwarzen Meeres ausgelassen. Die türkische Geschiffahrt wird demnach im Schwarzen Meere den Dienst für den Reisenden- und Barentransport wieder aufnehmen. Ein Schiff geht morgen nach Jangsuai ab.

Aus der italienischen Kammer.

In der italienischen Kammer sind für die politische Debatte noch 74 Redner eingeschrieben, doch rechnet man mit zahlreichen Verzichten. Die neue Fraktion der nationalen Verteidigung hält die Hälfte der Reden bereit, die bis dahin verworfen waren. 2500 der Rede der Kriegsmittler. Dieser letzte die Kammer die politische Debatte fort. Der Liberale Sanarelli begründete die Tagesordnung für die Schaffung von parlamentarischen Kontrollkommissionen, die er für notwendig erachtet, um eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament zu ermöglichen. Nach Sanarelli sprach der Konterpoite Galesi von dem Sinn der Kontrollkommissionen. Er wies die Ansicht nach, die Verantwortlichkeit der Regierung dadurch verringert würde. Am Schluß der gestrigen Sitzung wurden Anfragen verlesen. Orlando schlug vor, diese erst nach der allgemeinen politischen Debatte zu behandeln, was beschlossen wurde. In der heutigen öffentlichen Sitzung wird zunächst Minister Pittis das Programm des neuen Kabinetts mit der Regierung der Debatte über die Regierungsmittelungen. Zahlreiche Senatoren sind der Ansicht, daß mit den Geheimnissen des Senats am Freitag begonnen werden soll. Ciampi zufolge hat Senator Pittis erklärt, er werde bei der Begründung seiner Interpellation eine ausführliche Darstellung der Lage geben und für eine tätige Kriegspolitik eintreten.

Freilassung der Labora-Deutschen.

Die Nord. Allg. Zeitung schreibt zur Freilassung der Labora-Deutschen: Die von den belgischen Streitkräften in Deutsch-Ostfland gefangen genommenen, sobald in Frankreich internierten deutschen Zivilangehörigen sind nunmehr sämtlich freigelassen worden und in der Schweiz eingetroffen.

Die deutsche Regierung hat daraufhin die erforderlichen Anordnungen getroffen, um die in neuester Zeit in Belgien internierten deutschen Angehörigen, sowie eine Anzahl der belgischen Frauen und Kinder, die in Deutschland interniert worden, zu entlassen. Die befreiende Erledigung der Angelegenheit ist zu nicht geringem Teile auf die durch die apostolische Nuntiar in Deutsch-Ostfland unterstützten des belgischen Eintrags als auch auf die vollständigen Bemühungen des Königs von Spanien zurückzuführen. Würdiger Dank des deutschen Volkes gebührt dem menschenfreundlichen Eintritten jugendlichen unglücklicher Opfer des Krieges.

Die Aushebung Deutschlands schon im Mai 1914 geplant!

Frankfurt, 20. Dezember. Der Korrespondent der Frankf. Ztg. in B. z. m. meldet: Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist die schon verschiedentlich aufgetauchte Nachricht vollkommen richtig, daß die schon im August im Mai 1914 eine besondere Veranstaltung dazu mit der Schweiz Verhandlungen eröffnet habe, die die Grenzdeklaration auf der Schweiz im Kriegsfall zum Gegenstand hatte. Der Schweiz ist die Zufuhr über den Hafen von Bordeaux angeboten worden. Es ist beabsichtigt, daß die Entente schon im Frühjahr 1914 Maßnahmen traf, die nur durch eine nahe bevorstehende Kriegsgelahr erklärlich sind. Der Plan zur Blockierung und Ausrüstung Deutschlands war schon schon in einer Zeit vor der Entente ausgearbeitet, als in Deutschland noch niemand an den Krieg dachte.

Der Krieg zur See.

Berlin, 19. Dezember. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote Kommandant Kapitänleutnant Kiebel, versenkte im Vermehrung unter hiesiger Herrschaft Gegenwärtig fünf Dampfer mit 2800 Personen im Mai 1914 ohne besondere Veranstaltung dazu mit der Schweiz Verhandlungen eröffnet habe, die die Grenzdeklaration auf der Schweiz im Kriegsfall zum Gegenstand hatte. Der Schweiz ist die Zufuhr über den Hafen von Bordeaux angeboten worden. Es ist beabsichtigt, daß die Entente schon im Frühjahr 1914 Maßnahmen traf, die nur durch eine nahe bevorstehende Kriegsgelahr erklärlich sind. Der Plan zur Blockierung und Ausrüstung Deutschlands war schon schon in einer Zeit vor der Entente ausgearbeitet, als in Deutschland noch niemand an den Krieg dachte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine. Berlin, 19. Dezember. Durch die Versenkung des französischen Panzerkreuzers Châteauneuf hat die Kriegsmarine über die Entente seit Kriegsbeginn nunmehr auf 300 Einheiten mit einer Gesamtverdrängung von 1.000.800 Tonnen geblieben. Dabei sind nicht mitgerechnet Hilfskreuzer, von denen 51 Fahrzeuge von insgesamt 358.000 B.R.Z., und Hilfschiffe, von denen 148.000 B.R.Z. außer Bordpostenboote und bewaffneten Fischdampfern vertrieben wurden.

Die vorliegenden Zahlen geben nur die einwandfrei von uns festgestellten oder von dem Feind selbst zugestandenen Verluste wieder. Die tatsächlichen Verluste werden aber nicht unerschöpflich höher sein, da der Feind an der Verheimlichung von Schiffverlusten durch Klagen häufig ein großes Interesse hat.

An dem Verlust der 300 Kriegsschiffe sind beteiligt: Italien mit 17 Einheiten von 109.000 Tonnen, Frankreich mit 48 Einheiten von 91.540 Tonnen, Italien mit 25 Einheiten von 76.450 Tonnen, Japan mit 8 Einheiten von 28.875 Tonnen, Vereinigte Staaten, Portugal, Rumänien 8 Einheiten von 8551 Tonnen.

Die Gesamtverluste der Entente ersetzen nunmehr nahezu den Verlust der deutschen Flotte zu Beginn des Krieges. Es betrug 1019.417 Tonnen.

Berlin, 19. Dezember. (Hanns.) Amtlich. Einer unserer alten Kreuzer Göttermann (8000 Tonnen), der zu Transporten im Mittelmeer benutzt wurde, ist am 14. Dezember morgens durch ein Unterseeboot versenkt worden und gesunken. Die Fahrzeuge, darunter Soldaten, sind gerettet worden; zehn Matrosen vom Göttermann sind vermisst. Das deutsche Unterseeboot ist nicht vermisst.

Wolfs Bureau bemerkt hierzu: An zulänglicher Stelle ist über die Begebenheit noch nichts bekannt. Es ist zu hoffen, daß sich auch in diesem Falle die Klarheit über die Verletzung eines deutschen U-Bootes als eine Ententephantasie herausstellen wird. Berlin, 19. Dezember. (Returmeldung.) Das französische

Wochenschrift No. 11 ist im Meerbusen von Capria (Abolita?) in Spanien am 13. Dezember durch türkische Beschützer zerstört worden. Ein Teil seiner Besatzung hat sich entzogen; der Rest ist nach Kaplana und 18 Mann gefangen geblieben.

Motterdam, 18. Dezember. Raasbode meldet: Der amerikanische Dampfer *Tracoma* (3001 Brutto-tonnen) ist durch eine Explosion schwer beschädigt worden, er liegt in Waas Island im Ostsee. Der japanische Dampfer *Shodomo* (648 Brutto-tonnen) ist gesunken; er ist vermutlich verloren. Der britische Dampfer *Demarcia* (1484 Brutto-tonnen) ist gesunken und schwer beschädigt. Der französische Dampfer *Edouard Saut* (4226 Brutto-tonnen) liegt mit dem Dampfer *Telefona* (4066 Brutto-tonnen) zusammen. Letzterer liegt schwer beschädigt über Bord an. Begleitet von dem japanischen Dampfer *Shodomo* (648 Brutto-tonnen) ist der britische Dampfer *Demarcia* (1484 Brutto-tonnen) wurde im Neuperker Hafen durch Feuer schwer beschädigt.

Washington, 19. Dezember. (Neuter.) Das amerikanische U-Boot F 1 wurde am 17. Dezember in amerikanischen Gewässern bei Rebel von U-Boot F 3 gerammt und ist gesunken. 19 Personen sind dabei ertrunken.

Christiania, 19. Dezember. Ein beschädigter englischer Zerstörer ist in Bakervik, zwischen Bergen und Haugesund, mit 14 Mann von dem aus dem Geleitgesetz entlassenen Schiff "Coronado" eingetroffen. Ein Dittsch bei Hestvedt habe zwei englische Zerstörer 71 Mann von den verletzten Handbellsen eingeführt. Damit sind alle Besatzungen der Handbellsen geteilt. Dagegen wird angenommen, daß die Besatzungen von dem einen Zerstörer und von den vier bemanneten Dampfern ertrunken sind.

Der Krieg im Westen.

In Flandern steigerte sich am Morgen des 18. Dezember teilweise an vereinzelten Stellen das feindliche Artilleriefeuer. Gegen Abend lebte es erneut wieder auf und richtete sich in Form kurzer heftiger Feuerüberfälle gegen unsere Stellungen an Douthouffe Wald, Milla, Bassefontaine—Jonnebe und nördlich Strause Fern—Menn. Nördlich Gandoorde wurde eine feindliche Patrouille abgemiebt. Bei Klarem Frostwetter waren die beschützten Flieger tagsüber äußerst reg. Auch südlich der Linie lebte es erneut wieder auf und richtete sich auf unsere Stellungen. Bei heftigen Schüssen wurde eine kürzere feindliche Erkundungsabteilung. Beihune, Fournes und Dintrich wurden erfolgreich mit Bomben belegt.

Südlich der Straße Fras—Cambrai, bei Chertel, sowie auf Abschnitt Moerues—Graincourt nahm das feindliche Feuer teilweise zu. Gegen Abend wurden zwei feindliche Patrouillen abgemiebt und in der Nacht feindliche Bomben und Unterstände sowie harter Zugverkehr auf Bahnhof Ronon erfolgreich mit Bomben belegt.

Nordöstlich Colfions drang ein eigener Stoßtrupp nach kurzer Feuerberechtigung am frühen Morgen des 17. Dezember in die feindlichen Stellungen westlich der Reimter Straße ein und brachte nach hartem Grabenkampf einen Offizier und 7 Mann als Gefangene zurück. Gleichzeitig mit dieser Unternehmung wurde an einer anderen Stelle südlich der Straße ein feindlicher Posten ausgehoben.

Westlich der Maas machte der Gegner in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember einen längeren stärkeren Feuerüberfall auf unsere Gräben südwestlich Malancourt, ohne daß Infanterieangriffe erfolgten.

Weslin, 19. Dezember. Aus den bisher abgeleiteten Befehlen und Verordnungen, die in der Cambrailage erdeutlich sind, geht hervor, daß vom 27. Oktober 1918 bis 30. August 1917 allein in Frankreich mindestens 67 englische Soldaten, darunter 2 Offiziere, handrechtlich erschossen wurden. Die Wehrmacht hatte sich genötigt, an die Front zu gehen.

Der Krieg in Italien.



In Italien haben österreichisch-ungarische Truppen den Monte Molone und die nordwestlich und nordöstlich anschließenden italienischen Stellungen erklimmt und mehrere tausend Gefangene, darunter 48 Offiziere, erbehalten.

Wien, 19. Dezember. Aus dem Kriegsressort wird gemeldet: Auch gestern war die Fliegerartillerie sehr reg. Mehrere feindliche Bombengeschwader bewarfen einige Linien und Räume hinter unserer Front mit Bomben, ohne daß Schaden verursacht worden wäre. Zwischen Sedro—und Gardasee räumten die Italiener unter Sprengung der Brücken im Ledrotales und nachdem sie auch das Elektrizitätswerk am Poolofale durch Sprengung zerstört hätten, die Vorstellungen nördlich des Tales, welche sofort von unseren Truppen befreit wurden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Landrat und Volksstimme.

Als ein bemerkenswerter Beitrag zu den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die politische Beteiligung der Beamten verdient ein Schreiben hervorgehoben zu werden, das drei Wochen nach Begründung der Deutschen

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Dezember. (Wittlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugspatrolle Bransgrün Ruppert.
In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, am Südbügel der Scarpe, bei Neuwes und Graincourt war am Nachmittag die Artillerieartillerie beobachtet.
Seezugspatrolle Bransgrün Ruppert.
In diesem Bereich brachte eine Sturmabteilung nördlich von Craonne eine Anzahl Franzosen ein.

Unsere Flieger haben London, Ramsgate und Margate mit Bomben erfolgreich in Brand gesetzt.
Leutnant Bongard errang seinen 37. Luftsieg.
Westlicher Kriegsschauplatz
Nichts Neues.

Macedonische Front

In beiden Seiten des Barba lebte die Feuerartillerie.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Tagelänger heftiger Artilleriekampf zwischen Brenta und Piave.
Nach heftiger Feuerwirkung kletterten österreichisch-ungarische Truppen den Monte Molone und die nordwestlich und nordöstlich anschließenden italienischen Stellungen. 48 Offiziere und mehr als 2000 Mann wurden gefangen genommen.
Italienische Angriffe südlich von Monte Molone beobachtet.
Der Erste Generalstabbericht.

Berlin, 19. Dezember. (Wittlich.) Generalstab des Oberbefehlshabers ist in Anerkennung seiner Erfolge als Oberbefehlshaber der 10. Armee und der nach ihm benannten Seezugspatrolle, deren Flotte wesentlich zur Herbeiführung der an der Dittsch eingeleiteten Verhandlungen beigetragen haben, zum Generalstabsoffizier ernannt worden.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 19. Dezember. Wittlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Westlich der Brenta haben die Truppen der I. u. f. 4. Infanteriedivision und des I. u. f. Infanterie-Regiments Nr. 7 unter erfolgreicher Mitwirkung der Artillerie fünf unangenehme Witterungen die feindlichen Stellungen bei Mt. di Sessa sowie den Monte Molone geklimmt und bei der Abwehr feindlicher Gegenangriffe den Erfolg auf dem Monte Molone noch erweitert. 48 Offiziere und über 2000 Mann wurden gefangen erbehalten. Westlich des Monte Molone wiesen deutsche Truppen neuerlich feindliche Angriffe ab.

Der Chef des Generalstabes.

Vaterlandsparole von einem preussischen Landrat abgefasst worden ist. In diesem Schreiben heißt es:

„Der Landrat.“

„R. Nr. 1. 5760.“

„Gemeinde, den 23. September 1917.“

„Beitritt.“

Volksstimme und Ernährungsfragen.
Zum Schreiben vom 18. d. M. d. R. Nr. 68788.
Mit Ausnahme der vaterlandlos geimmten Deutschen ist alles empört in dem Gedanten an ein Nachgeben in der belagerten Frage ungetriggt unserer militärischen Erfolge. Man erwartet von der Regierung ein energisches Abschlüssen anmehrender Parlamentarier, vornehmlich des Abgeordneten Erbeberger. Viel bespricht man sich von der Zeitigkeit der Deutschen in Österreich.
Es wäre erwünscht, wenn auch in Rommer endlich, und zwar unter Führung der konservativen Elemente etwas gesehen würde. Ein Zusammenstoß würde entstehen die nächsten Wochen hoffnungsvoller gehalten....
geg. v. Pulla mer.“

Der Herr Landrat ist also von irgendeiner Seite über die Volksstimme im Zusammenhang mit den Ernährungsfragen befragt worden. Eine solche Anfrage benutzt er zu einem politischen Vorstoß gegen Regierung und Reichstag, um die Freiheit im Interesse der konservativen Elemente und der Vaterlandspartei. Das ist die „Freiheit der Beamten“, die Fuhrmann und Genossen fordern!

Die Berliner Nationalliberalen zur preussischen Wahlrechtsfrage.

Der nationalliberale Hauptverein Berlin als Landesverband für die letzte Berliner Wahlrechtsfrage begibt die Einbringung des Gesetzentwurfes, der das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Preußen vorschlägt. Das Wahlrecht entspricht den Verhältnissen, wie sie durch den Weltkrieg geschaffen worden sind, und beugt schweren Erschütterungen vor, die die nach Friedensschluss zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hervorgerufen vermöchten, wenn nicht alle erwachsenen Bürger sich als im Staate gleichberechtigter fühlten. Voraussetzung allerdings ist, daß das so schaffene Wahlrecht allen Schichten des Volkes die Möglichkeit einer ihrer Bedeutung für den Staat entsprechenden Vertretung im Abgeordnetenhause gewährt. Um dessen willen ist die Einführung der Verhältniswahl für die großen Städte, die Industriezentren und die national gemischten Bezirke anzustreben. Der nationalliberale Hauptverein bittet die Fraktion des Abgeordnetenhauses, in diesem Sinne für die Ausgestaltung des vorliegenden Entwurfes und seine schleunige Verabschiedung einzutreten.

Zur Reichstagswahl in Waagen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Konventionen im 3. sächsischen Wahlkreise zwar noch nicht in Verhandlungen, um so eifriger dafür aber in den Zeitungen allseitige Agitation für ihren Kandidaten Dr. Herrmann irren. In einer ihrer letzten Veröffentlichungen wurden die Wähler ermahnt, Dr. Herrmann zu wählen, wenn sie nicht wollen, daß England sein Wahlrecht für die Deutschen im Bürgerkrieg erhalten solle. Solche Behauptungen beweisen jedenfalls, wie notwendig es war, daß dem konservativen Kandidaten ein sozialdemokratischer Kandidat entgegengesetzt wurde, damit den Wählern einer Weisheit über die allseitigen Treibereien eingeschaltet werde. In einer anderen Veröffentlichung der Konventionen heißt es: „Wer nicht will, daß es auch bei uns berechtigt nach russischer Weise zur Aufhebung des Wahlrechts im Bezug und Boden kommt, der müsse natürlich auch den konservativen Dr. Herrmann wählen. Bei den Bauern wird dieser Hinweis heute natürlich so wenig seine Wirkung verhehlen, wie bei früheren Wahlen. Aber die große Masse der Wähler wird sich klar darüber sein, daß es bei der bevorstehenden Wahl zunächst um einen Bauern, den Befehl des Vaterlandes über den Frieden handelt. Und wer einen solchen Frieden will, kann natürlich keinen Konventionen wählen. Die Nationalliberalen im 3. Wahlkreise haben eine Entschließung angenommen, in der sie auf das lebhafteste wünschen, daß bei der Bauern Wahl der Bürgerrechte „gefordert werden soll.“ Sie erklären, daß sie gemäß ihrer früheren Abmachungen für den fort-

schrittlichen Kandidaten eintreten werden. „Die Förderung des Tages“ heißt es am Schluß, „muß heute für jeden Deutschen die Erhaltung eines der ungetreuen Opfer an Gut und Blut während des Krieges sein.“ Dann werden die Nationalliberalen richtiger tun, wenn sie nicht für den Fortschrittler, der am Boden der Wehrleistungslosigkeit liegt, sondern für den Konventionen eintreten wollten.

Schach dem König.

Angesichts des unbefriedigten und unbefriedigbaren Sieges, den in der freikonventionellen Partei die allseitigste Reaktion gegenüber der „launernen“ Reaktion des Freiherrn Klotzow von Jellitz davongetragen hat, gewinnt die Idee, die der Führer dieser äußeren Rechten innerhalb seiner Partei, der freikonventionellen Landtagsabgeordnete Müllers, am Montag, 10. Dezember, bei der ersten Sitzung der Wahlreformkommission im Abgeordnetenhause gehalten hat, nachdrücklich noch besondere Bedeutung. Wir geben deshalb nach dem amtlichen Stenogramm hier noch ein paar für die „Königstunde“ dieser „geborenen Monarchisten“ besonders fernliegende Sätze wieder:

„Die Entschuldigungsrede des Grafen vom 11. Juli stellt mit ungenügender Notwendigkeit darauf hin, daß es sich hier um eine solche Konzeption des Königs handelt. Die Entschuldigungsrede die die Unterfertigung des Königs trägt, bleibt ein Regierungsakt des Königs; denn in Preußen herrscht und regiert der König. Der Deutsche hat aber demgegenüber nicht bloß das verfassungsmäßige Recht, sondern auch die verfassungsmäßige Pflicht, zu prüfen, ob die Einführung des gleichen Wahlrechts mit den geschichtlichen Aufgaben und der Eigenart Preußens vereinbar ist. (Sehr richtig) bei den freikonventionellen. Wenn wir bei dieser Prüfung zu der Überzeugung kommen, daß das gleiche Wahlrecht den preussischen Staat in seinen Fundamenten gefährdet, so das Königtum zum Scheitern bringen herbeiführt, dann haben wir nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, der Durchführung des Grafen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten. (Sehr richtig) bei den freikonventionellen — Jurist. — Es handelt sich bei uns nicht um die Person des Königs, sondern um das Königtum als staatliche Einrichtung. Wir glauben, unsere König und dem Königtum dadurch am besten zu dienen, wenn wir so handeln, wie es nach unserer Auffassung im Interesse des preussischen Staates liegt. (Sehr richtig) bei den freikonventionellen. — In sich sind meine Freunde alle einig, daß das gleiche Wahlrecht den Interessen des preussischen Staates nicht dienlich ist. Sie können auch jetzt, wie die Verhältnisse stehen, mit gewissen Ausnahmen das gleiche Wahlrecht ab; aber auch diese meine Freunde beharren sich ihre ernüchterte Stellungnahme vor, bis der Gesetzentwurf aus der Kommission herauskommt.“

Zu diesen „wenigen Ausnahmen“ in der freikonventionellen Fraktion, die nicht von vornherein ein unbefriedigtes Nein gegen die Vorlagen der Regierung, gegen den „Königstakt des Königs“ hatten, sondern zum mindesten den schärfsten Versuch machen wollten, auf der Bahn des Kompromisses einer Verständigung mit der Regierung auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips zu gelangen, gehört bekanntlich Klotzow von Jellitz. Und eben deshalb mußte er abgelehnt werden.

Im Wippischen Landtage

Am 6. und 7. Dezember wurde in Wippisch ein Landtag abgehalten. Die Regierung hatte vorgeschlagen, der Landtag möge in einer Kommissionsberatung die Grundzüge des neuen Wahlrechts festlegen, wonach die Regierung dann eine endgültige Vorlage ausarbeiten würde. Von konservativer Seite wurde aber erklärt, daß sie sich zwar an den Beratungen beteiligen wollten, daß sie aber während des Krieges keine Angelegenheit beschließen würden. Die Regierung verzichtete sich stillig auf. Man will, wie es scheint, abwarten, was in Preußen zu Stande kommt.

Rechtspflege.

Reichsgericht.

Aufreißung von Rastbach. Wegen dieses Delikts ist am 22. August der Richter Gültner, Perse zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Straftat wurde in der Verletzung eines Flugblatts erblickt. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Getreidebeschwerden. Posen, 18. Dezember. Die bische Strafkommission beurteilte den Kaufmann Antonow wegen Getreidebeschwerden zu 6 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet sind, und zu 120 000 Mark Geldstrafe.

Letzte Nachrichten.

TU. Berlin, den 20. Dez. Von gut unterrichteter Seite erfährt das Berliner Tageblatt: Der Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamtes von Waldow hat sich veranlaßt gesehen, die Bürgermeister der großen Städte vor eine Untersuchung des Hochpreises zu warnen, da er sonst mit schweren Maßnahmen drohen müßte.

Berlin, 19. Dez. Der Fliegerhauptmann Hans Hesse ist von Berlin auf dem Luftwege in Wafal eingetroffen. Er hat die Strecke in 34 Luftstunden zurückgelegt.

Paris, 18. Dezember. (Agence Havas.) Der Untersuchungs-ausschuss in Sachen Cailhau nahm mit sieben Stimmen bei vier Stimmabhaltungen den Inhalt des Antrags des Verleumdungsgesetztes an, der dahingehend, die parlamentarische Immunität für Cailhau und Couffait aufzuheben. Der Ausschuss wird in der Kammer die öffentliche Erörterung der Angelegenheit für Gonnab fordern.

Paris, 18. Dezember. (Agence Havas.) Der Ernährungsminister erklärte im Senat, daß die Rationierung des Brotes umganglich wäre mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, aus den Vereinigten Staaten und Argentinien die monatlich notwendigen 4 000 000 Tonnen einzuführen, da der zur Verfügung stehende Schiffsraum ungenügend sei, und lagte, er beglückwünschte sich, daß Italien letzthin Getreide abgetrieben zu haben. Der Senat sprach ihm das Vertrauen aus.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Fortsetzung der Weihnachts-Verteilung.
Freitag, vormittags von 8^{1/2}—12 Uhr: Nr. 49 001—54 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 54 001—59 500 der Lebensmittelkarte in der Talamulka. Jede Person erhält entweder ein Päckchen oder eine Tafel, die je 75 Pf. kosten.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für jeden Pauschal genügen Barren vorhanden sind, so daß sich kein Mangel des Substitutions ergibt.

Freitag, vormittags von 8^{1/2}—12 Uhr: Nr. 59 501 bis 60 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 60 001—65 500 der Lebensmittelkarte. Für jede Person wird ein Paket zum Preis von 1.40 M., in der Talamulka abgegeben.

Freitag, vormittags von 8^{1/2}—12 Uhr: Nr. 65 501 bis 70 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 70 001—75 500 der Lebensmittelkarte. Für jede Person wird ein Paket zum Preis von 1.40 M., in der Talamulka abgegeben.

Gewerkschaftliches.

Außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes.

Hannover, 17. Dezember.

J. R. Ein außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes, der erste seit Kriegsausbruch, trat heute hier zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer Berichten und einem Referat über Lage und Aufgaben des Verbandes in der hauptsächlichsten Angelegenheit die Erhöhung der Beiträge und eine dementsprechende Erhöhung der Sätze für die Gewerkschaften...

Der Verband der Kriegsteilnehmer im allgemeinen gut überstanden und sich nun dem Kriegsausbruch hereinleitenden Mitgliederübertrittung zu wiederholt hat. Trotzdem hätten die wirtschaftlichen Nöte im allgemeinen nicht anfeuern, sondern überdribernd gewirkt. Die außerordentlichen Verhandlungen der Organisationen für Kriegsnachteiligerleistungen...

Es folgte der Bericht der Redaktion der Verbandszeitung, den Redakteur Schneider erstattete. Aus ihm ist besonders hervorzuheben, was er über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu sagen hat. Das Wort lautet: Partei und Gewerkschaften sind eins, ist sehr anfeuern, daß der Zeit gemein, in der es ausgesprochen wurde. Seitdem aber nunmehr die Partei nicht mehr eins ist, mußte man dahinter auch noch ein größeres Fragezeichen setzen. Die Gewerkschaften müßten noch entscheidender als früher sich zu dem Standpunkt bekennen, daß sie auf kein politisches Programm eingegangen seien...

Partei sei, die nach Theorie, Programm, Geschichte und Zusammensetzung notwendigerweise Arbeiterpolitik treiben müsse und gar keine andere Politik treiben könne, während jede bürgerliche Partei schon nach ihrer Zusammensetzung gänzlich anders eine sozialistische Politik treiben könne. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Zarif-Abfchluß im Oiafergewerbe.

Am 13. Dezember fanden Verhandlungen zwischen Innung und Gelellen-Ausfchluß statt. Von den Gelellen wurde verlangt, daß die bis jetzt gemäße Kriegszulage von 30 Pf. pro Stunde und 30 Prozent für Arbeit-Zulage tariflich anerkannt und auf ein weiteres Jahr verlängert werde. Weiter wurde eine neue Kriegszulage von 10 Pf. ab 1. Januar 1918, sowie weitere 10 Pf. ab 1. April verlangt. Es wurde eine Einigung in dieser Weise erzielt, daß erstere 30 Pf. pro Stunde, sowie 30 Prozent auf den Arbeit-Zarif bis 31. Dezember 1918 gemäße werden. Ferner ab 15. Februar 1918 weitere 10 Pf., ab 1. April abermals 5 Pf., so daß die gesamte Zulage vom 1. April 1918 45 Pf. pro Stunde, und auf den Arbeit-Zarif 45 Proz. beträgt. Von den Gelellen wurde vorgeschlagen, die Arbeitszeit von 52 1/2 auf 51 Stunden mit Lohnausgleich zu verziehen und zwar sollte die Befürzung Sonnabends feststehen. Weiter lehnten die Innungsvertreter diesen Vorschlag ab. Darauf erklärten die Gelellen, daß die Arbeitszeit trotzdem auf 51 Stunden verfürzt werden sollte, auch wenn kein Lohnausgleich stattfindet. Die Innungsvertreter erklärten sich mit dieser Lösung einverstanden und vertraten, in der Innungs-Vermittlung dafür zu wirken. Feststehend ist zwar dieser Tarif-Abschluß noch nicht, da hierüber noch die Vollversammlung der Innung zu entscheiden hat. Es ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit damit zu rechnen, daß sich diese mit dem vorerwähnten Abschluß einverstanden erklärt.

Zarifverlängerung und Teuerungszulagen im Baugewerbe für das Wiederaufbauungsgebiet in Ostpreußen.

Der erstmalig im Jahre 1916 abgeschlossene Sonderarif im Baugewerbe ist durch den Aufseher im Jahre 1917/18 verlängert worden. In dem Tarif d. J. bis zum 31. März 1918 verlängert wurde, ist durch Verhandlung, die zwischen den Parteien am 10. Dezember in Königsberg in Preußen stattgefunden haben, um ein weiteres Jahr, bis zum 31. März 1919, verlängert. Zu den Löhnen, die bisher für Maurer- und Zimmergelellen, sowie Zementarbeiter für das gesamte Gebiet durchwegs auf 95 Pf. für Arbeiter auf 70 bis 82 Pf. festgesetzt waren, erfolgte am 17. Dezember d. J. an eine Teuerungszulage von 10 Pf. für die Stunde. Eine weitere Zulage von 5 Pf. erfolgt am 1. April 1918 für diejenigen Tarifgebiete, die als Grenzgebiet für das Wiederaufbauungsgebiet in Betracht kommen, wie: Allenstein, Insterburg, Tilsit, Ragnit, Rastenburg und Osterode, wird am 1. Juli 1918 noch eine weitere Zulage von 5 Pf. gemäßt, so daß die Gesamtzulage in diesen genannten Tarifgebieten 20 Pf. beträgt. Diese Vereinbarung geht auch für Tarifverträge im Flächenbaugewerbe, soweit diese zwischen Unternehmerorganisationen der vertragsschließenden Parteien abgeschlossen sind.

Kleines Feuilleton.

Ein Erfolg gegen den Weltanschauung. Mit Bedauern sehen wir all die schönen Volkstänze, die in seiner Zeit so großen Raum einnahmen, wie um die Weidmahl, mehr und mehr schwinden, und wir können uns kaum vorstellen, daß diese Sitten, als sie im höchsten Schwange standen, oft ungewöhnlich nicht nur Großhain, sondern auch mangelhaft Vergernis und Verdruf mit sich brachten. Und doch ist dem

so, und diese Schattenseiten einer deutschen Volksliste, die ausgereizt war, — die des Weltanschauungsanges — hat sogar einmal einen gerechtfertigten Erfolg gegen den Weltanschauung zu Folge gehabt. Im Jahre 1885 ließ Großherzog Wilhelm von Mecklenburg folgende Verfügung öffentlich bekanntgeben: Demnach nunmehr die Weidmahl und das darauf folgende Heilige Christ-Fest herben fombt, da dem gemeinen Gebrauch nach allerlei verummerte Personen unter dem Namen des Heiligen Christens auf den Gassen herum zu verlaufen, in die Häuser entweder wild eingedrungen werden oder sich auf in dieselben hineinbringen, dergestalt, daß den Kindern einbildet wird, als wäre es das wahre Christkind, welches sie anrufen angenommen werden, Barmhertzig und Martinus aus aus interesseres her demselben die Kinder zu verweisen sich annehmen, auch sonst andere niedrige, unchristliche, unzulässige Dinge in Worten und Taten vornehmen und treiben, in der Tat aber die Sade mutatis et personis in stofflicherem Heidentum den Liprungen hat. So haben wir in Ermägung solcher Umstände nach reiflicher Überlegung dahin beschloffen, daß solche repräsentative Handlung mit allen ärgerlichen Ceremonien in Unseren Herzogtümern und Landen bei Unserer weltlichlich ersten Strafe gänzlich abgetan und durchein bei Abel und Unabst verboten seyn soll.

Legte Nachrichten.

Berlin, 18. Dezember. Wegen Handelsespionage zugunsten der Entente wurde der Franzose Romel oder Robinson aus dem Kanton Zürich ausgewiesen. Romel wollte in Zürich ein Blatt: Exportateur wisse mit neutralitätswidrigem Charakter gründen. Romel ist auch aus England ausgewiesen und in London wegen Schwindeltaten verhaftet.

Bern, 18. Dezember. Die Temps aus Madrid meldet, daß die neue portugiesische Regierung des allgemeinen Abtrübseln wieder einzuführen, d. h. den Anstalten der 75 Proz. der Bevölkerung Portugals ausmachen, die Wahlbeteiligung zu gestalten.

Amsterdam, 18. Dezember. Times meldet aus Petersburg, daß die Volkstommiare angeblich beabsichtigen, alle ausländischen Anleihen zu annullieren, sobald mit Sicherheit feststeht, daß die Militierten sich weigern, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Bonn, 18. Dezember. Die hiesigen Blätter veröffentlichen eine Mitteilung, nach der die amerikanische Regierung habe sich bereit erklärt, sofort zwei Dampfer mit gewissen notwendigen Waren nach Dänemark abgehen zu lassen. Socialdemokraten bemerkt hierzu, das dänische Volk erblicke hierin den Beweis dafür, daß Amerika die immer schwieriger werdende Lage verfolge, die der Weltkrieg für Dänemark habe, das nichts anderes wünsche, als in unbedingter Neutralität zu leben und mit vollkommener Solidarität die Pflichten gegenüber beiden kriegführenden Machgruppen wahrzunehmen.

Sofia, 17. Dezember. Ministerpräsident Radostawo w gab heute in der Sotranje unter allgemeiner Aufmerksamkeit den mit Aufgelassenen Waffentillkandovertrag bekannt. Die Verlesung war von einmütiger Zustimmung aller Parteien begleitet.

Ottawa, 18. Dezember. (Kernmeldung.) Amtlicher Bericht über die Wahlen: Bis Winternacht waren von der Regierungspartei 128, von der Opposition 87 Kandidaten gemäßt. Von 18 Wahlbezirken war das Ergebnis noch nicht bekannt, in 4 Bezirken fand die Wahlen verdröben. Die unrichtige Regierung ist gemäßt.

Bern, 18. Dezember. Honorer Blätter melden aus Lausanne, daß die Schwebfabrik Gobot, eine der größten Schwebfabriken Frankreichs, gefloren vollständig abgebrannt ist.

Rotterdam, 18. Dezember. Waasbode meldet: Der norwegische Dampfer B111 ist nach einem Zusammenstoß mit einem britischen Dampfer gesunken.

Amtliche Bekanntmachungen.

Berordnung über Kunstthönig.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmagnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) und 18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) wird verordnet:

1. Kunstthönig darf nur in fester Form hergestellt werden. Er darf nur in fester Form und nur unter der Bezeichnung als Kunstthönig unter Ausschloß von Bezeichnungen, die den Eindruck echten Hönigs erwecken können, in den Verkehr gebracht werden.

2. Der Preis für Kunstthönig darf beim Verkauf durch den Hersteller, soweit nicht unmittelbar an Kleinbändler oder Verbraucher verkauft wird (§ 3), einschließlich Verpackung für je 50 Kilogramm Reingewicht nicht übersteigen:

- bei Lieferung in Paketen oder Dosen mit einem Inhalt bis zu 1 Kilogramm . . . 56,25 Mk.,
bei Lieferung in Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 1 Kilogramm . . . 53,75 Mk.
Die Preise schließen die Kosten der handelsüblichen Verpackung und der Verladung bis zur Station (Bahn oder Schiff) des Empfängers ein.

3. Der Preis für Kunstthönig darf beim Verkauf an Kleinbändler (§ 4) sowie beim Verkauf durch den Hersteller an Verbraucher einschließlich Verpackung für je 50 Kilogramm Reingewicht nicht übersteigen:

- bei Lieferung in Paketen oder Dosen mit einem Inhalt bis zu 1 Kilogramm . . . 63.— Mk.,
bei Lieferung in Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 1 Kilogramm . . . 58,25 Mk.
Die Preise gelten frei Lager, haben aber Abziehung des Empfängers und schließen die Kosten der handelsüblichen Verpackung ein.

4. Der Preis für Kunstthönig darf beim Verkauf an Verbraucher (Kleinhandel), abgesehen von Falle des Verkaufs durch den Hersteller (§ 3), für 1 Pfund Reingewicht nicht übersteigen:

- bei Abgabe in Paketen oder Dosen mit einem Inhalt bis zu 1 Kilogramm . . . 75 Pf.,
im übrigen . . . 73 —
Bei Abgabe in Paketen oder Dosen gilt der Preis einschließlich Verpackung.

5. Beim Verkauf kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige abgerundet werden.

6. Die Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25), 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183) und 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 253).

7. Auf die Einfuhr von Kunstthönig, Zuderitup, süßlicher Raffinade und ähnlichen zuckerhaltigen Aufzuchtmitteln finden die Bestimmungen in den §§ 2 bis 25 der Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Zuder vom 18. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 924) entsprechende Anwendung.

Die Durchfuhr der in Abs. 1 bezeichneten Erzeugnisse durch das Gebiet des Deutschen Reiches ist verboten.

7. Die Reichszuckerstelle kann von den Vorschriften dieser Verordnung mit Genehmigung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts Ausnahmen zulassen.

8. Wer den Vorschriften in § 1 über den Verkauf von Kunstthönig (§ 1 Abs. 1) zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geld bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

9. Diese Verordnung tritt mit dem 12. Dezember 1917 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung über Kunstthönig vom 14. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1271) außer Kraft.

Berlin, am 7. Dezember 1917. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, (gez.) von Waldow.

Keine Meldung der Hilfsdienstpflichtigen!

Die für Freitag und Sonnabend angelegte Anmeldung der Hilfsdienstpflichtigen mußte ausgelegt werden, da die Meldebarten hierfür nicht eingetroffen sind. Für die Jahrgänge 1881—1900 ergeht noch eine neue Bekanntmachung.

Alte Promenade 11a Leipzig Str. 88 Fernruf 5738. Fernruf 1224. Ab Freitag, den 21. Dezember: Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt. Filmwerk in 5 Akten. Zu Gunsten des Deutschen Flotten-Vereins. Der hierzu verfaßte Vorschlag wird vor den Abendvorstellungen durch die Opernsängerin Fr. Julie Steiny vorgetragen. Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt. Anfang täglich 3 Uhr.

3 Könige Variete / Kl. Klausstr. 7 Das neue glänzende Programm! Jede Nummer ein Schlager!

Gustav Uhlig Untere Leipzigstraße 17. Billige, gute Bezugsquelle in vorteilhaftesten Musikinstrumenten für unsere Krieger im Felde und Verwandten in der Heimat. Dauerhafte, rein achtonische = Mundharmonikas = Mandolinen, Gitarren Wiener Ziehharmonikas. Sonntag gemäßt von 1/2 12 bis 1/2 12 Uhr.

Unentgeltlich! Rochfisten-Beratung Rathausstraße 17. Täglich 5—7 Uhr, außer Sonnabends und Sonntags. Fernruf 2451. Hallecher Hausfrauenbund. Frau Juliatat Hündorf, Frau Professor Wolff.

Handschuhe große Auswahl. Geogr. 1853: F. C. Siebert Fernruf 2363. Untere Leipzig Straße 9, gegenüber der Kirche.

Solide Spielwaren aller Art. Sehr große Auswahl. Mäßige Preise. Theodor Lühr, Leipzig, Straße 94

Stadt-Theater Freitag, den 21. Dezbr. 1917 Anfang 7,30 Uhr Ende 10,30 Uhr Die Hedermaus. Operette von Joh. Strauß. Sonnabend. Symphonie-Konzert. Leitung: Generalmusikdir. Dr. Richard Strauß.

Thalia-Theater Gastspiel des Stadttheater-Personals Sonntag, den 23. Dez. 1917 abends 7,30 Uhr. Es lebe das Leben. Schauspiel v. H. Sudermann.

Haltbare Schul-Organister für Knaben u. Mädchen sehr billig. C. F. Ritter Leipzig Straße 90.

Die A... licher S... Kubo... f... Met... ben. F... schnung... Person... Wahng... auf der... Die... find, wi... vor, der... die Ma... schigen... National... Qu... an die... der So... Kolaten... Die S... mit R... in der... in Leb... in der... Urtain... der Sch... gen hab... die Sch... weh... zu un... der So... Di... f... und... haben... gegen... los ist... als die... abh... er u... über... er u... große... was... haupt... nen S... j... biten... ver... als gi... Str... dar... Ser... Hebo... haltb... Wezie... Sch... Unte... frati... Sofi... men... g... tage... w... zu... g... g... für... nicht... wer... Den... J... fert... j... über... rial... Tab... auf... ein... und... un... au...

